



Bundestagswahl am 18.09.2005

Wofür stehen die Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten hinsichtlich Europa?

Am 18. September wird mit dem Bundestag und einer neuen Bundesregierung auch eine wichtige Stimme im europäischen Politikprozess neu bestimmt. So sehr Europapolitik deutsche Innenpolitik ist, so sehr beeinflusst deutsche Politik die weitere Entwicklung Europas. Im bisherigen Wahlkampf spielt jedoch die europäische Komponente eine eher marginale Rolle. Dies steht in drastischem Gegensatz zur tatsächlichen Bedeutung der Einbindung des deutschen Bundestags in den europäischen Politikprozess. So haben beispielsweise die Erfahrungen im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie oder des europäischen Haftbefehls gezeigt, wie wichtig eine frühzeitige und umfassende Auseinandersetzung der Parlamentarier mit europapolitischen Themen ist. Um dieser gesteigerten Relevanz Europas Rechnung zu tragen, hat die überparteiliche Europa-Union Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl sowie die derzeit im Parlament vertretenen Parteien auf ihre europapolitischen Standpunkte hin beleuchtet.

Kandidatinnen und Kandidaten

Gemeinsam mit unserem Jugendverband JEF hat die Europa-Union zunächst an die jeweils ersten drei Landeslistenvertreter/innen der Parteien SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Linkspartei.PDS Wahlprüfsteine verschickt. Detaillierte Informationen zu den Positionen der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie unter www.wahlen-europa.de.

Parteien

Als Auszüge aus den aktuellen Wahlkampfprogrammen der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien hat die überparteiliche Europa-Union im Folgenden die jeweiligen Europakapitel zusammengestellt:

Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 von Bündnis 90/Die Grünen:	2
Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 von CDU/CSU:.....	9
Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 der FDP:.....	12
Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 der Linkspartei.PDS:.....	18
Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 der SPD:	19



Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 von Bündnis 90/Die Grünen:

Quelle: http://www.gruene-portal.de/7_kapitel.80.0.html#52

7. Kapitel: Die EU in der Einen Welt. Globalisierung gerecht gestalten

Solidarische Modernisierung endet nicht an unseren Grenzen. Wir finden uns nicht damit ab, dass täglich zehntausende Menschen an den Folgen von Armut sterben, während 20 Prozent der Menschheit rund 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Internationale Gerechtigkeit liegt auch in unserem ureigenen Interesse; auch wir leben besser und sicherer, wenn weltweite Ungerechtigkeit verringert wird.

Der Verweis auf globalisierte Märkte und weltweite Konkurrenz gilt in Deutschland vielen als Argument, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die Senkung von Sozial- und Umweltstandards zu begründen, zu rechtfertigen und als unausweichlich darzustellen. Auch damit finden wir uns nicht ab – wir wollen die Globalisierung politisch gestalten.

Wir GRÜNE sehen in der Globalisierung Risiken, aber auch große Chancen für mehr Demokratie und Wohlstand in der Welt. Aber die gegenwärtige Form der Globalisierung sehen wir kritisch und sagen: Globalisierung darf kein Prozess schrankenloser Ökonomisierung sein und braucht soziale und ökologische Leitplanken. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Globalisierung bedürfen des Aufbaus supranationaler Institutionen, um das Primat der Politik unter Globalisierungsbedingungen aufrechtzuerhalten. Frieden, Sicherheit, Gewaltfreiheit, Menschenrechte, Entwicklung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit und die Bekämpfung der Armut sind ebenso wie die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Maßstäbe GRÜNER Außenpolitik. Dabei setzen wir auf eine Stärkung des Multilateralismus und die Einhaltung und Fortentwicklung des Völkerrechts. Und wir setzen dabei auf eine handlungsfähigere, demokratischere EU, die als starker globaler Akteur mit einer Stimme spricht. Auf der Basis der universellen Menschenrechte muss sich der Süden in der Globalisierung mit seiner kulturellen Vielfalt und seinen Ideen gleichberechtigt wiederfinden.

Reformen für ein Jahrhundertziel

Im September dieses Jahres werden im Rahmen der UN-Generalversammlung weltpolitische Weichen gestellt. Im Kern geht es um die Frage, ob die armen und die reichen Länder gemeinsame Antworten auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts finden. Die Millenniumsziele wurden schon vor fünf Jahren formuliert, etwa das Ziel, bis 2015 die Zahl der extrem armen und hungernden Menschen zu halbieren. Für die Umsetzung dieser Ziele ist seither viel zu wenig getan worden. Wir drängen darauf, daß Worten endlich Taten folgen und die von UN-Generalsekretär Kofi Annan hierzu erarbeiteten Vorschläge umgesetzt werden. Wir brauchen nicht nur guten Willen, sondern mehr Geld für Entwicklung und vor allem andere Strukturen. Gerechte Globalisierung braucht reformierte Institutionen, das gilt für die Vereinten Nationen ebenso wie für die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank.

Wir setzen uns für eine umfassende UN-Reform ein. Wir wollen die Vereinten Nationen handlungsfähiger machen und im Sinne einer guten Weltinnenpolitik besser mit anderen Institutionen verzahnen. Den wirtschaftlichen und sozialen Anliegen wollen wir stärkeres Gewicht einräumen und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) aufwerten. Im IWF streben wir ein stärkeres Stimmgewicht für die Entwicklungsländer an. Wir wollen die Umweltstrukturen stärken und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer UN-Umweltorganisation (UNEO) ausbauen. Die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der UN und im Sicherheitsrat muss repräsentativer und transparenter werden. Wir befürworten unter anderem die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung als beratendes Gremium für die UNO. Die Menschenrechtskommission sollte grundlegend reformiert und aufgewertet werden. Für all das sind wir bei der Reform der UN bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Unser langfristiges Ziel bleibt eine gemeinsame ständige Vertretung der EU im UN-Sicherheitsrat.



Im Hinblick auf die WTO stehen wir dafür, den Entwicklungsländern fairen Zugang zu unseren Märkten zu gewähren, die Agrarwende international voranzutreiben, unfaire (Export-)Subventionen der Industrieländer zu beenden und auf Schutzinteressen Schwächerer Rücksicht zu nehmen. Die Öffnung der Märkte der Industrieländer, die Beseitigung von Handelshemmnissen und der Abbau von ökologisch schädlichen und ökonomisch unsinnigen Agrarsubventionen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Entwicklungsländer die Chance erhalten, aus eigener Kraft ihren Wohlstand zu mehren. Der Export von subventioniertem Zucker muss eingestellt werden und die Baumwollsubventionen in der EU und den USA weiter abgebaut werden. Der Handel hat die Standards multilateraler Umweltabkommen ebenso zu beachten wie das Recht der Internationalen Arbeitsorganisation. Wir unterstützen die Förderung von sozialen und ökologischen Mindeststandards. Unser Ziel ist es, mittel- und langfristig solche Standards in der Welthandelsorganisation zu verankern. Den Handel mit »Fairen Produkten« wollen wir aktiv stärken. Deshalb wollen wir darauf hinwirken, dass in der deutschen Verwaltung bevorzugt fair gehandelte Produkte eingesetzt werden. Wir wollen Ernährungssicherheit und das Menschenrecht auf Ernährung in den internationalen Verhandlungen ebenso sicherstellen wie den Zugang zu sauberem Wasser, zu lebensnotwendigen Medikamenten, zu Verhütungsmitteln und zu Saatgut. Die Millenniumsziele haben sich vor allem in der Politik von IWF und Weltbank noch nicht hinreichend niedergeschlagen. Das muss sich ändern. Entwicklungsländer brauchen Handlungsspielräume.

Weder die Industriestaaten noch die Entwicklungsländer und ihre Regierungen sind dabei aus der Verantwortung zu entlassen. Gutes Regieren (good governance) und die Bekämpfung der Korruption sind zentrale Voraussetzungen für erfolgreiche Entwicklung und sollten bei weiterem Schuldenerlass berücksichtigt werden. Die zur Korruptionsbekämpfung erforderliche Transparenz ist eine Forderung nicht nur an die Entwicklungsländer, sondern auch an die dort operierenden internationalen Konzerne. Ohne die Einbeziehung der Geschlechterperspektive und ohne die Durchsetzung von Frauenrechten lassen sich Demokratie und Entwicklung nicht verwirklichen. Deswegen wollen wir diese Perspektive konsequent auf europäischer und internationaler Ebene stärken.

Im Jahr 2000 haben einige afrikanische Staaten die »Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD)« auf den Weg gebracht. Heute sind die ersten Ergebnisse erkennbar: Eine wachsende Anzahl afrikanischer Länder akzeptiert zivilgesellschaftliche demokratische Selbstkontrolle und macht Schritte in Richtung »good governance«, Korruptionsbekämpfung und Stärkung der Frauenrechte. Wir setzen auf den Dialog auf gleicher Augenhöhe und auf eine Politik, die unseren reformorientierten Partnern mit Respekt begegnet.

In den letzten Jahren haben wir GRÜNE gezeigt, dass auch von der nationalen Ebene wichtige Impulse für die gerechtere Gestaltung der Globalisierung ausgehen können: in der Neuordnung der europäischen Agrarpolitik und beim internationalen Klimaschutz ebenso wie beim entschiedenen »Nein« gegen den Irakkrieg oder dem Engagement für den Frieden in Nahost.

Frieden und Sicherheit umfassend verstehen

Für uns GRÜNE steht das Konzept der erweiterten Sicherheit im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Es betont zivile Konfliktbearbeitung, kooperative Entwicklung, Bekämpfung der Armut, den Erhalt der Umwelt und tritt ein für Menschenrechte, Demokratie, Gewaltfreiheit und Rechtsstaatlichkeit und bezieht den Dialog der Kulturen und Religionen mit ein. Konflikte um knappe Ressourcen, HIV/Aids, zerfallende Staaten, Internationaler Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedrohen die kollektive Sicherheit. Sie berühren auch uns, denn geteilte Sicherheit gibt es nicht mehr. Das haben die Anschläge von New York, Madrid, Istanbul, London und vielen anderen Orten uns dramatisch vor Augen geführt. Doch um diesen Risiken zu begegnen, sind Präventivkriege oder kulturelle Konfrontation falsch und kontraproduktiv.

Unsere Sicherheitspolitik beschränkt sich nicht nur auf die halbe Menschheit: Gerade in gewaltsamen Konflikten sind Frauen in mehrfacher Hinsicht Opfer von Gewalt, aber auch die wesentlichen Kräfte beim Wiederaufbau. Deshalb setzen wir uns für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik ein, für welche die UN-Resolution 1325 »Frauen – Frieden – Sicherheit« eine wichtige Basis ist.



Wir unterstützen auch Kofi Annans Vorschlag für eine internationale Terrorismuskonvention.

Deutschland leistet im Auftrag der UN und im Rahmen von EU, NATO und OSZE zivile, polizeiliche und militärische Beiträge zu Friedenssicherung und -konsolidierung. Die Militäreinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan waren auch in unserer Partei sehr umstritten und sind es teilweise immer noch. Die Präsenz deutscher Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der ISAF und KFOR-Einsätze dient heute der Gewaltein-dämmung und ist Voraussetzung für einen friedlichen Aufbau.

Entwicklungsfortschritte und Aufbauleistungen von Jahrzehnten können über Nacht durch Bürgerkriege, Völkermord und Massaker zerstört werden. Ohne Frieden gibt es keine Entwicklung. Unter Rot-Grün hat Deutschland aktiv zur Schaffung von mehr Frieden und Sicherheit im Balkan, in Osttimor und in Afrika beigetragen, auch wenn es dazu des Mutes zur Gratwanderung (Afghanistan) bedurfte. Wir unterstützen die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und ihre eindeutige Verpflichtung auf die UNO-Charta. Wir wollen durch eine stärkere Kooperation der Staaten auch Einsparpotenziale in den Militäretats nutzen. Die transatlantische Zusammenarbeit bleibt ein Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Und wir werden uns aktiv an der Entwicklung einer neuen transatlantischen Agenda beteiligen. Dabei engagieren wir uns für einen effektiven Multilateralismus, aber gegen Alleingänge und gegen jede Strategie, die die UN schwächt und internationales Recht aushöhlt. Deshalb, und wegen der zu erwartenden verheerenden Folgen, haben wir den Irakkrieg abgelehnt. Aus dem gleichen Grund fordern wir von allen Beteiligten eine klare Unterstützung des Verhandlungsansatzes der EU im Atomstreit mit dem Iran. Wir unterstützen Dialog und Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten. Ob gegenüber China oder im Falle von Russlands Tschetschenienkrieg – wir treten aktiv für Menschenrechte ein. Wir haben uns aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen im Sudan engagiert. Wir haben zu dem Gefängnissskandal in Abu Ghraib und zu dem militärischen Gefangenenlager in Guantánamo Bay klar Position bezogen. Afrika ist immer noch ein Kontinent mit vielen Krisengebieten und blutigen Bürgerkriegen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns entschieden für eine nachhaltige Friedensentwicklung in Afrika ein. Dazu gehören auch die Stärkung der Afrikanischen Union und eine friedensorientierte Entwicklungspolitik.

Der Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention muss sich international, europäisch und national finanziell widerspiegeln. Es waren wir GRÜNE, die die Zivile Krisenprävention in der Politik der Bundesregierung forciert haben. Das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und der neue Aktionsplan Krisenprävention gelten international als vorbildlich. Staatliche und zivilgesellschaftliche Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention (darunter der Zivile Friedensdienst und die Stiftung Friedensforschung) wollen wir personell, finanziell und strukturell durch ein ziviles Entsendegesetz stärken. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das Europäische Zivile Friedenskorps endlich umgesetzt und eine Agentur für Ziviles Friedensmanagement und Abrüstung eingerichtet wird.

Weniger Rüstung bedeutet mehr Sicherheit

Der Weg zu Frieden und gerechter Globalisierung führt auch über Abrüstung. Weltweit setzen wir auf internationale Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und die Stärkung der Rüstungskontrollregime, die immer auch Dual-Use-Güter einbeziehen müssen. Die EU sollte die Chance nutzen, sich auf dem Feld der internationalen Rüstungskontrolle als sicherheitspolitischer Akteur zu profilieren. Wir sind auch zu einseitigen Schritten bereit. Rüstung bindet Geld, das dringend für mehr Entwicklung gebraucht wird. In großer Zahl verfügbare Kleinwaffen stellen heute eine der größten Bedrohungen für Menschen in Krisenregionen dar. Zumal ein hoher Anteil dieser Waffen in deutscher Lizenz gefertigt wird, fühlen wir eine besondere Verantwortung, ihre unkontrollierte Verbreitung wirksamer zu bekämpfen. Landminen, Streubomben und radioaktive Munition wirken nach Beendigung eines Konflikts lange nach und treffen vor allem die Zivilbevölkerung; wir setzen uns für eine umfassende Ächtung dieser Waffen ein und wollen ihre Räumung weiter aktiv unterstützen. In Deutschland wollen wir darauf hinwirken, dass die hier stationierten Atomwaffen abgezogen und unschädlich gemacht werden. Dadurch tragen wir zur Entstehung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und zu einem dringend notwendigen Abrüstungsfortschritt bei. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass kein Einsatz von Atomwaffen von militärischen Stützpunkten in Deutschland erfolgen kann, und durchsetzen, dass Deutschland auf die so genannte nukleare Teilhabe verzichtet.



Wir haben in den vergangenen Jahren eine Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien und eine verbesserte Transparenz in diesem Bereich durchgesetzt. Behindert durch fehlende parlamentarische Mitwirkungsrechte, waren es allein BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, die sich gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten auch an problematische Empfänger wandten. Im Sinne vorausschauender Sicherheitspolitik wollen wir den Export von Rüstungsgütern in Deutschland und der EU klarer begrenzen, transparenter gestalten und parlamentarisch kontrollieren. Als einen Schritt streben wir eine Aufhebung des im Außenwirtschaftsgesetz verankerten Rechtsanspruchs auf Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an, damit Rüstungslieferungen in Krisenregionen und an autoritäre Regime einfacher und konsequenter unterbunden werden können als bisher. Die Aufhebung des Waffenembargos gegen China lehnen wir strikt ab. Die Rüstungspolitik muss insgesamt transparenter werden. Wir versuchen, den Einfluss der Rüstungsindustrie auf politische Entscheidungen zurückzudrängen und die parlamentarische Rolle in diesem Bereich zu stärken. Wir wollen militärische Anschaffungen kritisch auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit prüfen. Als Grundlage für eine breite öffentliche Diskussion über Sinn oder Unsinn einzelner Rüstungsvorhaben müssen geplante Projekte rechtzeitig öffentlich gemacht werden.

Der Errichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide werden wir uns auch weiterhin widersetzen. Unser Ziel ist das endgültige Aus für solche Pläne. Die Kosten von ca. 250 Millionen Euro für ein sinnloses militärisches Projekt wären unverantwortlich.

Wehrpflicht abschaffen – Bundeswehr für die UN befähigen

Der Umbau der Bundeswehr für internationale Krisenbewältigung war überfällig. Wo Aufgaben und Einsatzräume aber eine zunehmende Entgrenzung erfahren, müssen klare Grenzen gezogen werden. Die Bundeswehr darf ausschließlich für die Ziele und nach den Regeln der UN zur Gewaltverhütung und Rechtsdurchsetzung im Dienste kollektiver Sicherheit eingesetzt werden. Machtpolitischer Interventionismus läuft dem zuwider. Kriege dürfen kein Mittel der Politik sein. Wir haben die Reform der Bundeswehr begonnen und sie so umgestaltet, dass sie modernen Anforderungen gewachsen, aber ihr Einsatz strikt an ein UN-Mandat gebunden ist.

Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr zu rechtfertigen. Ohne diese Begründung ist der Eingriff in die Grundrechte junger Männer auch unter dem Gesichtspunkt der Wehrgerechtigkeit nicht mehr hinnehmbar. Deshalb streiten wir für ihre Abschaffung und wollen sie durch einen freiwilligen flexiblen Kurzdienst ersetzen. Die frei werdenden Mittel im Bereich des Zivildienstes wollen wir für den Ausbau der Freiwilligendienste und die Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse verwenden.

Mehr Geld für Gerechtigkeit – Effektiver Einsatz der Mittel

Gerechte Globalisierung kostet Geld. Wir haben uns als treibende Kraft dafür eingesetzt, dass sich Deutschland verpflichtet, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen.

Gegenwärtig sind wir aber noch weit von diesen Zielen entfernt. Damit steht Deutschland im internationalen Vergleich nicht alleine da. Auch andere Staaten haben ihre Entwicklungshilfe nicht spürbar ausgeweitet. Deswegen müssen wir gemeinsam neue Wege der Entwicklungsfinanzierung beschreiten. Daher setzen wir verstärkt auf eine internationale und europäische Kooperation und treiben die Einführung internationaler Steuern voran. Wir unterstützen die europaweite Einführung einer Kerosinsteuer, die aus GRÜNER Sicht viele Vorteile aufweist: Zum einen hat sie eine ökologische Lenkungswirkung, zum anderen können so Einnahmen zur Entwicklungsfinanzierung erzielt werden. Um dem Schwinden des nationalen Handlungsspielraums entgegenzuwirken, setzen wir auf die weltweite Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Devisenspekulationen. Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Parlamente von Belgien und Frankreich zur Einführung einer weiterentwickelten Tobin-Steuer, die zunächst auf europäischer Ebene eingeführt werden soll. Sie soll zur Begrenzung von schädlichen Devisenspekulationen beitragen und ebenfalls Einnahmen zur Entwicklungsfinanzierung erzielen.



Die Aufgabe liegt auch darin, diese Gelder effektiv, gerecht und ohne Bevormundung auszugeben. Dazu gehört auch der Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit. Demokratisierung erfordert auch den Aufbau von solidarischen, sozial gestaffelten Steuersystemen. Geld alleine wird allerdings die Probleme der Entwicklungsländer nicht lösen. Wir wollen für die Lösung globaler Probleme die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit und die europäische Kooperation in diesem Bereich erheblich verbessern.

Da die Zahl der Hungernden in den letzten Jahren sogar noch gestiegen ist, muss der ländlichen Entwicklung künftig ein größerer Stellenwert zukommen. Wir setzen dabei auf die Förderung von Landreformen und einer ressourcenschonenden, angepassten Landwirtschaft, die auch den Kleinbauern mehr Entwicklungschancen gibt. Auch zur Verbesserung der Wasser- und Energieversorgung, der Grundbildung, zum Aufbau von Basisgesundheitsdiensten und sozialen Sicherungssystemen, zur Eindämmung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose sowie zur Ausweitung von Schutzgebieten, die der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen, sind enorme zusätzliche Anstrengungen nötig. Hierzu zählt, dass Deutschland für den Global Fund zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria die Mittel erhöht. Dafür müssen auch innovative Formen der Finanzierung genutzt werden.

Die von uns begonnene Reform der Außenwirtschaftspolitik muss weitergeführt werden. Sie ist ökologisch und entwicklungsverträglich umzugestalten. Dabei spielen auch staatliche Exportkreditversicherungen eine wichtige Rolle. Wir wollen die begonnene Reform der Leitlinien für Hermes-Bürgschaften fortführen und mehr Transparenz, die Sicherung hoher internationaler Umweltstandards und einen besseren Schutz der Menschenrechte in ihnen verankern.

Wir GRÜNEN verstehen Gerechtigkeit nicht nur als nationale Aufgabe, sondern als ein Ziel unserer GRÜNEN Außenpolitik. Deshalb wollen wir schwächeren Ländern eine Stimme geben und uns aktiv für sie einsetzen.

Menschenrechte ohne Rabatt

Es darf keinen Menschenrechtsrabatt geben und keine doppelten Standards – im Anti-Terrorkampf ebenso wenig wie bei der Gestaltung der politischen Zusammenarbeit. Menschenrechte sind universell gültig und unteilbar. Stabilität entsteht durch Demokratie und Freiheit, nicht durch Missachtung von Menschenrechten oder repressive Maßnahmen. Mit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs haben die Menschenrechte und der Kampf gegen Straflosigkeit und Gewaltherrschaft einen wichtigen Sieg errungen, mit dem wir uns aber nicht zufrieden geben. Wir verteidigen den Gerichtshof gegen Anfeindungen und Bestrebungen nach Ausnahmeklauseln. Und wir drängen darauf, dass die USA dem Gerichtshof endlich beitreten. Auch auf regionaler Ebene wollen wir unsere Menschenrechtsarbeit stärken. Dabei ist die OSZE eine wichtige Partnerin.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht dafür, auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen zu stärken. Soziale Mindeststandards und ihre Einhaltung sind die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben – überall. Gerade Frauen werden ihre Rechte vielerorts verweigert. Das ist nicht nur menschenrechtlich skandalös. Auch in der Entwicklungspolitik kämpfen wir für die Unversehrtheit der Frauen. Insbesondere wenden wir uns gegen die Genitalverstümmelung von Frauen. Untersuchungen haben gezeigt, dass überall dort, wo Frauenrechte massiv eingeschränkt werden, auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht vorankommt. Wir unterstützen mit Nachdruck Projekte und Programme, mit denen Frauen und Mädchen gefördert und Frauenrechte gestärkt werden.

Bürgerinnen und Bürger für Europa: Europa in gute Verfassung bringen

Die europäische Einigung ist ein Erfolgsprojekt, das über fünfzig Jahre Frieden, Sicherheit und Wohlstand gebracht hat. Mit dem Beitritt der mittel- und südosteuropäischen Länder im letzten Jahr wurde die Teilung des Kontinents endgültig überwunden. Viele Aufgaben lassen sich nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Im Rahmen der EU können wir die Gestaltungskraft entwickeln, die



notwendig ist, um die Grundlage der sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Von A wie Ausbildung bis Z wie Zuwanderung bringt Europa Lösungen mit Mehrwert für alle.

Die GRÜNEN stammen unter anderem aus den europäischen Bürgerrechts-bewegungen. Wir waren die Kraft, die sich von Anfang an für die europäische Verfassung eingesetzt hat. Als erste gesamteuropäische Partei sind wir mit gutem Beispiel vorangegangen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Europapartei.

Nach dem Nein der Franzosen und der Niederländer zum EU-Verfassungsvertrag wollen wir kein Zurück zum nationalen Egoismus. Wir verstehen die Ablehnung als Ausdruck von Sorgen um die eigene soziale und ökonomische Situation, als Kritik an einzelnen Vorhaben der EU und als Abstrafung nationaler Regierungen. Eine gemeinsame Verfassung Europas bleibt unser ausdrückliches Ziel. Daher bedauern wir das Scheitern des Ratifizierungsprozesses in den Referenden. Wir wollen uns daher dafür engagieren, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dort einen neuen Anlauf starten, wo die Regierungen nicht weiterkamen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Europäische Parlament die Initiative ergreift für eine europaweite Volksabstimmung am Europatag 2007. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollen über den institutionellen Rahmen und die Grundrechtecharta des jetzigen Verfassungsvertrages, die einer nationalen Verfassung ähnlich sind, abstimmen. Wir wollen der EU dadurch den notwendigen, demokratischen, transparenten und effektiven Rahmen für ihr Handeln liefern. Wir setzen darauf, in einer europaweiten Volksabstimmung die Verfassungsfrage zu entscheiden. Um eine europäische Volksabstimmung über einen neuen Verfassungsrahmen für die EU vorzubereiten, wollen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion, die europäisch geführt werden soll – in den Inhalten und in der Form. Wir fordern sektorielle und europaweite Bürgerforen. Die Bürgerforen sollen aus der Zivilgesellschaft und durch Anstöße aus den Parlamenten aller Ebenen initiiert werden und ab Herbst stattfinden. Wir wollen aber keine Bürgerforen nur auf nationaler Ebene, sondern wir wollen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer ganzen Vielfalt diese Diskussion über die nationalen Grenzen hinweg gemeinsam führen. Durch solche Bürgerforen wollen wir Prominente aus Sport, Kultur und Unterhaltung dazu auffordern, ihren Beitrag zu einer europäischen Öffentlichkeit zu leisten. Die Aufgabe der nationalen Parlamente, des Europaparlamentes und der EU-Kommission ist es, diese zu koordinieren und zu finanzieren. Den nationalen Parlamenten kommt dabei eine wichtige Aufgabe in der Vermittlung und Gestaltung dieses Prozesses zu. Das fordert einen Kraftakt an Austausch und Dialog – aber diesen halten wir für dringend erforderlich. Und wir sind zuversichtlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für eine demokratisch verfasste EU gewinnen lassen, die für 450 Millionen Menschen eine Zukunftsperspektive bietet.

Mehr europäische Demokratie und Transparenz

Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Europa ist mehr als das der Regierungen. Um Europa als gemeinschaftliches Projekt der Bürgerinnen und Bürger voranzubringen, fordern wir mehr Demokratie und Transparenz, ein solidarisches und ökologisches Europa und die EU als verantwortungsvoller Partner gegenüber den Nachbarstaaten. Wir brauchen eine deutliche Stärkung des Europäischen Parlaments als direkte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger. Die Einführung eines europaweiten BürgerInnenbegehrens bei Vorlage von einer Million Unterschriften halten wir für richtig und wichtig.

Wir stehen für eine EU, die Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung in allen Mitgliedsstaaten sicherstellt. Zum Flüchtlingsschutz gehört die Pflicht, sicherzustellen, dass diejenigen, die diesen Schutz benötigen, auch tatsächlich Zugang zur EU erhalten. Wir erteilen Überlegungen eine klare Absage, in Drittstaaten – wie z.B. in Nordafrika und der Ukraine – Flüchtlingslager zu bauen. Europa braucht eine europäische Öffentlichkeit. Voraussetzungen sind die Europäisierung der Medien, mehr Transparenz und lebendiger Austausch. Wir unterstützen die Bürgerrechtsbewegungen in ganz Europa, die, wie zuletzt in der Ukraine und in Georgien, entscheidend zu Demokratisierung und Frieden beigetragen haben.



Ein solidarisches und ökologisches Europa

Vom europäischen Binnenmarkt profitieren die neuen und die alten Mitgliedsstaaten. Aber Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt. Ein europäischer Wirtschaftsraum ist für uns ohne soziale und ökologische Standards undenkbar. Der innereuropäische Wettbewerb darf nicht zu Steuer-, Sozial- und Ökodumping führen. Wir brauchen gemeinsame europäische Steuerbemessungsgrundlagen und einen gemeinsamen Steuerkorridor, um die Erosion der nationalen Steuererträge zu bremsen. Die Kompatibilität der europäischen Sozialversicherungssysteme wollen wir stärken. Der sich europaweit intensivierenden Lohnkonkurrenz wollen wir auch mit Mindestlohnregelungen begegnen.

Wir wenden uns gegen eine Dienstleistungsrichtlinie, die über das Herkunftsprinzip Druck auf soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Standards aufbaut. Es darf aber nicht vergessen werden, daß einer der Kerngedanken Europas ist, Grenzen zwischen Staaten zu überwinden. Unser Ziel ist die volle Freizügigkeit in Europa.

Auch auf europäischer Ebene gilt: Verbraucherschutz, nachhaltiges Wirtschaften und Ökologie sichern die Lebensgrundlagen für uns und kommende Generationen. Ambitionierte ökologische Zielvorstellungen und Standards sind zudem die Voraussetzungen für wirtschaftliche -Modernität und Innovation, die uns langfristig gegenüber den beiden anderen großen Wirtschaftsräumen USA und Asien wettbewerbsfähig machen.

In den anstehenden Finanzverhandlungen werden wir dafür eintreten, dass die Bundesrepublik weiterhin einen angemessenen Beitrag zu einem Etat leistet, der den gewachsenen Aufgaben der EU entspricht. Dies setzt aber auch voraus, dass die internen Politiken der EU da reformiert werden, wo es nötig ist. Insbesondere stehen wir für eine weitergehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Rabatte an einzelne Staaten wollen wir zurückführen.

Verantwortungsvoller Partner gegenüber den Nachbarstaaten

Der Veränderungsbedarf, den wir gegenüber Europa anmelden, darf nicht dazu führen, daß wir den Ländern wie der Türkei oder den Balkanstaaten, die auf Europa hoffen, die Tür vor der Nase zuschlagen.

Europa endet nicht an den Grenzen der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die nachbarschaftlichen Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Nichtmitgliedsstaaten sowie den Ländern des südlichen Mittelmeerraums weiter intensiviert. Die Aussicht auf Mitgliedschaft hat in vielen Ländern dazu geführt, den inneren Demokratisierungsprozess zu stabilisieren und gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. Mit der Erinnerung an Srebrenica verbindet sich für uns die besondere Verantwortung für die Perspektive der Länder des westlichen Balkans in der Europäischen Union.

Wir wollen, dass die Türkei ein modernes und demokratisches Land wird. Wir begrüßen und unterstützen die Auseinandersetzung in der türkischen Zivilgesellschaft über die dunklen Kapitel der eigenen Geschichte, wie in der Armenien-Frage. Wir wollen, dass in der Türkei die Bürgerrechte, die Rechte der Frauen, ethnische Minderheiten ebenso wie religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften respektiert werden. Wir wollen mit dem Beginn langjähriger Beitrittsverhandlungen den Weg der demokratischen Modernisierung in der Türkei weiter fördern. Der Weg der Türkei nach Europa ist auch ein Beitrag zur Sicherheit in Europa und in der Welt. CDU und CSU und Populisten aller Seiten schüren bestehende Ressentiments und nutzen diese dazu aus, Verhandlungen mit der Türkei zu verhindern. In Fragen von Menschenrechten und Demokratie gibt es für uns keine Kompromisse.



Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 von CDU/CSU:

Quelle: <http://regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf>

6. Kapitel: Deutschland: Partner in Europa und in der Welt

6.1 Neues Vertrauen in Europa

Wo stehen wir?

Die europäische Einigung ist der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent. Dennoch befindet sich die Europäische Union derzeit in einer tiefen Krise, die in der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden und im Scheitern des letzten Gipfels sichtbar geworden ist. Mit nationalen Alleingängen, der mutwilligen Schwächung des europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes und einseitigen Parteinahmen im Europäischen Rat hat Rot-Grün Europa gespalten und seine Glaubwürdigkeit beschädigt.

Was wollen wir?

Wir brauchen eine Europapolitik, die verloren gegangenes Vertrauen in die europäische Friedens- und Integrationspolitik zurückgewinnt. Wir wollen das Europa der Bürger stärken, die deutsche Europapolitik auf den Weg des fairen Miteinanders von größeren und kleineren Staaten zurückführen und den Menschen auf unserem Kontinent wieder Hoffnung für ihre Zukunft geben. Die aktuelle Krise Europas begreifen wir als Chance, dass europäische Politik wieder zur Glaubwürdigkeit führt und die Unterstützung der Menschen findet.

• **Wir verhindern weiteren Zentralismus und holen Kompetenzen zurück.** Nicht jedes Problem in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Die Aufgabenfülle der Europäischen Union muss auf das Notwendige beschränkt werden, das Subsidiaritätsprinzip muss Maßstab für EU-Handeln sein. Dazu gehört eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Europäischer Union und den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen. Europäische Rechtssetzungsakte müssen besser auf ihre Notwendigkeit und ihre Folgen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung geprüft werden. Außerdem werden wir EU-Regelungen künftig nur noch 1:1 umsetzen.

• **Wir werden uns einsetzen für die Fortschritte,** die der Verfassungsvertrag beinhaltet, insbesondere die Grundrechte-Charta, die Bestimmungen zu den Institutionen und zur Verbesserung der Kompetenzabgrenzung sowie zur Verbesserung der Außenpolitik der Europäischen Union. Wir wollen die Rolle der nationalen Parlamente durch die Anwendung des Subsidiaritäts-Frühwarnsystems schon vor dem Inkrafttreten des Verfassungsvertrages spürbar stärken und die innerstaatlichen Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages bei EU-Entscheidungen ausweiten.

• **Wir fordern eine strikte Auslegung des gegen unseren Willen verwässerten Stabilitätspakts,** damit dieser seine disziplinierende Wirkung wieder entfalten kann. Wir wollen den Wert unseres Geldes sichern.

• **Wir werden uns für einen sparsamen EU-Haushalt einsetzen, der die eingeschränkte Leistungsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt.** Auch die Europäische Union muss sparen und damit die Konsolidierung der nationalen Haushalte unterstützen. Die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt müssen gerechter werden und sich nach dem jeweiligen wirtschaftlichen Wohlstand bemessen. Die Ausgabenstruktur des EU-Haushaltes muss auch durch eine Konzentration und teilweise Rückführung von Aufgaben auf die Mitgliedstaaten verbessert werden.

• **Wir setzen auf eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei. Eine Vollmitgliedschaft lehnen wir ab, weil das die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern würde.** Mit einer privilegierten Partnerschaft, nicht mit einer unrealistischen Beitrittsperspektive wollen wir die demokratische rechtsstaatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, mit der wir sicherheitspolitisch in der Nato eng verbunden sind, nach Kräften fördern.



- **Wir werden nur beitriffsreife Länder in die Europäische Union aufnehmen.** Bei den geplanten Beitritten Bulgariens und Rumäniens müssen die Beitrittskriterien strikt eingehalten werden. Eine Entscheidung über die Ratifizierung der Beitrittsverträge werden wir daher erst nach Vorliegen der Fortschrittsberichte der EU-Kommission treffen. Beitrittsverhandlungen mit Kroatien als einem in Europa tief verwurzelten, wirtschaftlich prosperierenden Land wollen wir beginnen, sobald noch bestehende Zweifel an der Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof ausgeräumt sind.
- **Wir nutzen die bewährte Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich wieder für eine positive Perspektive Europas.** Wir werden die deutsch-französische Zusammenarbeit wieder in einer Weise gestalten, die dem Vertrauen der anderen EUPartner gerecht wird, ihre Interessen einbindet, und Gesten der Bevormundung und Dominanz vermeidet. Vertrauensvolle und enge Beziehungen zu allen Nachbarstaaten und EU-Mitgliedern sind von elementarer Bedeutung.
- **Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Osteuropa haben auch nach der Osterweiterung eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn.** Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten.

6.2 Verantwortung für Frieden, Freiheit und Entwicklung

Wo stehen wir?

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung ohne außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept internationales Vertrauen verspielt und Deutschlands Ansehen in der Welt beschädigt - durch eine systematische Aushöhlung unserer Bündnisfähigkeit in der NATO, durch eine prinzipienlose Russland- und Chinapolitik, durch eine Visa-Politik, die deutsche Interessen verletzt und letztlich auf Kosten der Menschen geht.

Was wollen wir?

Die Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung, für die transatlantische Partnerschaft, für die Existenz Israels ist Kern der Staatsräson Deutschlands. Deutsche Außenpolitik muss wieder zu diesem Grundkonsens zurückkehren.

• **Europäische Einigung und atlantische Partnerschaft sind keine Gegensätze sondern die beiden wichtigsten Pfeiler unserer Außenpolitik.** Wir beleben die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA neu. Europäische Identität und europäisches Selbstbewusstsein brauchen nicht Abgrenzung zu den USA, sondern vertrauensvolle Partnerschaft. Sie bewähren sich im kraftvollen Engagement bei der Lösung von internationalen Konflikten und beim Kampf gegen internationalen Terrorismus. Ein gutes transatlantisches Vertrauensverhältnis schließt Meinungsverschiedenheiten nicht aus, setzt aber statt polemischer Beschimpfungen auf partnerschaftlichen Dialog im Geiste der Freundschaft.

• **Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer stabilen und auf Dauer angelegten Anbindung Russlands an die euroatlantischen Strukturen und am Gelingen der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes.** Wir wollen gute Beziehungen zu Russland – aber nicht über die Köpfe unserer Nachbarn hinweg. Wir dürfen auch nicht über innenpolitisch problematische Entwicklungen Russlands hinwegsehen.

• **Die NATO ist und bleibt für uns das wichtigste Sicherheitsnetz für Deutschland.** Mit einem verlässlicheren deutschen Beitrag und mit einer Intensivierung des politischen Dialogs werden wir die NATO stärken. Um den europäischen Pfeiler der atlantischen Sicherheitspartnerschaft zu stärken setzen wir uns dafür ein, die Fähigkeiten und Handlungsoptionen der Europäischen Union zu erhöhen und zu verbessern.



• **Wir halten eine erhebliche Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung und auch der einschlägigen Instrumentarien der Vereinten Nationen für unerlässlich. • Wichtigstes Instrument für Deutschlands äußere Sicherheit ist und bleibt die Bundeswehr.** Die Balance zwischen der Fähigkeit zu Einsätzen in Krisen in aller Welt und der nach wie vor elementaren Aufgabe der Landesverteidigung ist verloren gegangen. Ihre Effizienz muss angesichts der wirtschaftlichen Lage unseres Landes mit knappen finanziellen Mitteln gesteigert werden. Unsere Sicherheit wird nicht nur in entfernten Regionen und „am Hindukusch“ verteidigt. Heimatschutz und Landesverteidigung dürfen daher nicht länger vernachlässigt werden. In diesem Sinne bleibt Landesverteidigung die verfassungsmäßige Kernaufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee. Dies bedingt auch ihre Präsenz in der Fläche. Eine weiterentwickelte, gerechte Wehrpflicht muss der Verschränkung zwischen innerer und äußerer Sicherheit Rechnung tragen. Dienstleistung muss deswegen auch im Bereich des Katastrophenschutzes ermöglicht - 38 - werden. Die Wehrpflicht stärkt den Rückhalt der Bundeswehr bei den Bürgern, erleichtert die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses und stellt Aufwuchsfähigkeit in Krisenzeiten sicher.

• **Entwicklungszusammenarbeit gehört unverzichtbar zu einer Strategie für die Stabilisierung von Krisenregionen.** Für CDU und CSU ist die Entwicklungspolitik ein zunehmend wichtiges eigenständiges Politikfeld, das auf drei Säulen ruht: der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; der Abwehr globaler Gefahren und der Stärkung unserer strategischen, politischen, wie wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnerschaften. Deutschlands Entwicklungspolitik wird sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch unseren Interessen gerecht werden. Die Folgen der sich verschärfenden Entwicklungsprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika gefährden im Zuge der Globalisierung Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa unmittelbar. Wir werden uns einsetzen für eine bessere Kohärenz unserer Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik, für eine Erhöhung der Effizienz unserer entwicklungspolitischen Instrumente sowie für die Stärkung einer guten Regierungsführung und der Selbsthilfekräfte in den betroffenen Ländern und Regionen. Dies verlangt eine Konzentration unserer Maßnahmen auf bestimmte Länder und Schlüsselsektoren und die noch intensivere Einbindung aller in der Entwicklungshilfe Tätigen – der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen – wie auch eine engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft. Wir stehen dafür, unsere Verpflichtungen zur Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe mittelfristig auf 0,7 % zu steigern, sobald der Zustand von Wirtschaft und Haushalt dies erlaubt.



Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 der FDP:

Quelle: <http://files.liberales.de/fdp-wahlprogramm.pdf>

5. Kapitel: Mehr FDP für mehr internationale Zusammenarbeit und Sicherheit

Deutsche Außenpolitik braucht wieder einen konzeptionellen Rahmen. **Verlässlichkeit und Berechenbarkeit**, europäische Einbettung und transatlantische Partnerschaft waren jahrzehntelang die Grundpfeiler deutscher Außenpolitik. Der große Erfolg liberaler Außenpolitik lag gerade in der Fähigkeit begründet, die eigenen Interessen mit den Interessen der anderen in Einklang zu bringen und sie gemeinsam zu vertreten. Die FDP stand und steht für eine Politik der Einbindung Deutschlands in Europa, der Berechenbarkeit, der Friedensfähigkeit und der Verantwortung für den Frieden in der Welt. Ohne diese Politik wäre die uneingeschränkte internationale Zustimmung zur deutschen Einheit im Oktober 1990 nicht möglich gewesen. Im Herbst 1998 hat die Bundesregierung diesen sicheren Weg verlassen: Sie betrieb Achsenbildung in Gegnerschaft zum transatlantischen Bündnis. Sie spaltete Europa in alt und neu, in groß und klein.

Wir wollen zurück zu einer werte- und zugleich interessengeleiteten deutschen Außenpolitik, die **europäisch eingebunden und multilateral ausgerichtet** ist. Wir stehen für die Rückkehr zu einer vertrauensvollen transatlantischen Zusammenarbeit. Wir werden Deutschland wieder zum Partner und Anwalt der kleinen Mitgliedsländer der EU machen, ohne die notwendige Zusammenarbeit der größeren Partner, insbesondere die deutsch-französische Freundschaft, zu vernachlässigen. Diese Rolle war das Erfolgsrezept liberal geprägter deutscher Außenpolitik. An diese Erfolge wird die FDP anknüpfen.

Die EU – dynamischer Wirtschaftsraum in der globalisierten Welt.

Das gemeinsame Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg die Völker des Kontinents miteinander versöhnt, hat geholfen den Kalten Krieg zu beenden und die deutsche Einheit ermöglicht. Individuelle Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft und freier Handel, Weltoffenheit und Modernität sind die Fundamente des europäischen Hauses. Leistungsorientierung, hohe Bildungsstandards und offene Märkte haben den wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht. Soziale Absicherung, Chancengerechtigkeit und Toleranz ermöglichen eine breite Teilhabe der Bürger an diesem Wohlstand.

Die FDP will eine **starke, handlungsfähige und politisch integrierte EU**, die in der Welt mit einer Stimme spricht. Wir wollen, daß die EU ein dynamischer Wirtschaftsraum in der globalisierten Welt wird. Langfristiges Ziel bleibt für uns Liberale dabei ein föderales Europa. Die weitere politische Integration darf aber nicht zu einer unkontrollierten Ausweitung der Zuständigkeiten der EU führen. Vielmehr muß die EU sich auf ihre Stärken konzentrieren und ihre Kernaufgaben besser erfüllen:

- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- - die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen durch die Vollendung des Binnenmarktes, eine stabile gemeinsame Währung, weitere Liberalisierung des Welthandels und die Forcierung von Forschung und Innovation
- - die Entwicklung zu einem gemeinsamen Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht

Europa braucht **mehr Demokratie**. Während der Europäische Rat in der Vergangenheit einen Machtzuwachs erfuhr, bleibt dem Europäischen Parlament die Mitentscheidung in einigen wichtigen Fragen immer noch verwehrt. Wir wollen das Europäische Parlament stärken und mit allen klassischen Befugnissen des Legislativorgans, insbesondere dem gesetzgeberischen Initiativrecht und der vollständigen Budgethoheit auf der Ausgabenseite, ausstatten.

Liberaler Europapolitik fordert eine klare **Zuordnung der Zuständigkeiten** entweder zur europäischen oder zur nationalen Ebene. Was besser auf der unteren Ebene erledigt werden kann, soll dort gelöst werden. Dort, wo die EU eindeutige Zuständigkeiten hat, müssen die Mitgliedstaaten diese respektieren und einmal getroffene Entscheidungen im Geist der europäischen Einigung umsetzen und mittragen.



Sollte sich endgültig herausstellen, daß der **Verfassungsvertrag** in der vorliegenden Form keine Chance auf Ratifizierung mehr hat, dürfte ein „zweiter Anlauf“ dann größere Chancen auf Erfolg haben, wenn der bisherige Text um die komplizierten vertragsrechtlichen Teile – insbesondere zu den Gemeinschaftspolitiken – entschlackt und auf einen schlanken, verständlichen und auf den verfassungsrechtlichen Kern konzentrierten Text reduziert wird. Dazu sollte dann auch in Deutschland ein Volksentscheid stattfinden.

Die FDP steht für ein Europa, das sich an den Bürgern orientiert. Das **Subsidiaritätsprinzip** muss zu voller Geltung gelangen: Staatliche Entscheidungen müssen so nah am Bürger wie möglich getroffen werden. Die jeweils höhere Entscheidungsebene darf nur regeln, was die untere Ebene nicht besser regeln kann. Wir treten dafür ein, dass Brüssel rechtlich nur dann handeln darf, wenn dadurch Verzerrungen im Binnenmarkt beseitigt werden. Die FDP widersetzt sich allen Versuchen einer schleichenden Ausweitung der Gesetzgebungskompetenz. Alle EU-Subventionen müssen auf dem Prinzip der staatlichen Kofinanzierung beruhen.

Der Europäische Binnenmarkt mit 450 Millionen Verbrauchern ist die Grundlage unseres Wohlstands und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Für die deutsche Wirtschaft ist Europa der entscheidende Absatzmarkt. Wir setzen dafür ein, daß Freiheit für Arbeitnehmer und Unternehmer, **Wettbewerb und Soziale Marktwirtschaft** weiter ausgebaut werden.

Eine stabile, einheitliche Währung ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum in Europa. Eine stabile Währung braucht **Haushaltsdisziplin**. Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, daß das Ziel der Geldwertstabilität in den Zielkanon eines zukünftigen Verfassungsvertrags aufgenommen wird. Die Verschuldung insbesondere in den großen Mitgliedstaaten muß abgebaut, die Inflation niedrig gehalten werden. Das ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der EU.

Die EU muß ihre wirtschaftliche **Wettbewerbsfähigkeit** im globalen Umfeld immer wieder neu erobern. Dazu muß sie sich von der Subventionierung verabschieden, finanzielle Mittel umschichten und stärker in Forschung und Entwicklung investieren. Der Anteil der EU-Ausgaben für Bildung, Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnologien muß bereits in der finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden. Auch hier gilt das Subsidiaritätsprinzip: Der EU-Haushalt soll nur dann fördern, wenn nationale Maßnahmen das Förderungsziel nicht erreichen können.

Die FDP erkennt das **Solidaritätsprinzip** innerhalb der EU ausdrücklich an. Notwendig ist aber eine ausgewogene Lastenverteilung. Die von der Bundesregierung ver46 sprochene finanzielle Entlastung Deutschlands als größtem Nettozahler ist ausgeblieben. Wir wollen, daß die Folgen europäischer Politik auf kommende Generationen stärkere Berücksichtigung finden. Dies erfordert die Einführung einer Generationenbilanz auf europäischer Ebene, die Lasten und Leistungen zwischen Generationen deutlich macht.

Wir fordern mutige Schritte zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen **Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**. Angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen, der Instabilität auf dem westlichen Balkan, den andauernden Konflikten im Nahen Osten und der Zuspitzung der Krise im Irak ist mehr gemeinsames Handeln der EU in der Außenpolitik dringend geboten.

Die Stärkung der **außenpolitischen Handlungsfähigkeit** Europas erfordert einen gemeinsamen Auswärtigen Dienst, der die politische Vertretung der EU nach außen wahrnimmt und die Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Ländern koordiniert, einen Pool ziviler Führungskräfte, die in Krisengebieten zum Wiederaufbau eingesetzt werden können, eine Polizei- oder Gendarmerietruppe zur Stabilisierung in Krisenregionen und langfristig europäische Streitkräfte unter einheitlichem Oberbefehl.

Die EU steht zunächst vor der großen Aufgabe, auch mit 25 Mitgliedern handlungsfähig zu bleiben. Die Erweiterung der EU darf auf keinen Fall die Vertiefung der Integration in Frage stellen. Der **Beitritt weiterer Staaten** ist nur möglich, wenn diese sich als beitriffähig und die EU sich als aufnahmefähig



erweisen. Die europäische Erfolgsgeschichte wird sich nur fortsetzen, wenn an die Kontrolle dieser Voraussetzungen strenge und transparente Anforderungen gestellt werden.

Wir setzen uns für eine wirksame und kohärente **Nachbarschaftspolitik** der EU ein. Die Schaffung eines Raums gemeinsamer Werte auf der Basis freien Handels, wirtschaftlicher Integration und intensiver kultureller Beziehungen kann Frieden, Sicherheit und Stabilität auf die Nachbarschaft der EU ausdehnen. Bei der konkreten Ausgestaltung der Nachbarschaftspolitik müssen die unterschiedlichen Problemlagen der Nachbarländer sowie die Perspektiven ihrer Beziehungen in die EU berücksichtigt werden.

Die Verhandlungen mit **Rumänien und Bulgarien** sind abgeschlossen und mit Unterschrift unter die Beitrittsverträge vollendet worden. Es ist jetzt entscheidend, daß diese beiden Staaten beim Beitritt tatsächlich den Anforderungen an die Mitgliedschaft genügen. Es ist im Interesse der Mitgliedstaaten der gesamten EU, sie dabei nach allen Kräften zu unterstützen und insbesondere die Umsetzung der noch ausstehenden Reformen im Bereich von Justiz, Polizei, Verwaltung, Korruptionsbekämpfung, Umweltschutz und Wettbewerb durch Bereitschaft zu Hilfe und Zusammenarbeit, aber auch durch den notwendigen Druck zu begleiten.

Für die **Türkei** gilt erst recht, daß Alternativen zur Vollmitgliedschaft in den im Oktober 2005 beginnenden und mehr als ein Jahrzehnt andauernden Verhandlungen vorgreiflich mitgedacht werden müssen. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen also ergebnisoffen geführt werden. Erst gegen Ende des Verhandlungsprozesses wird man bewerten können, ob die Türkei den „acquis communautaire“ voll umgesetzt hat und ob die EU in der Lage ist, ein weiteres großes Land als Mitglied aufzunehmen. Denn weder kann als sicher angenommen werden, daß die Türkei bis Ende des nächsten Jahrzehnts in der Lage sein wird, den „acquis communautaire“ voll anzuwenden und die mit ihm einhergehenden Souveränitätsverzichte zu akzeptieren, noch kann davon ausgegangen werden, daß bis dahin die EU die notwendige Absorptionskraft und Aufnahmefähigkeit wiedergewonnen hat, um mit der Aufnahme dieses großen und heterogenen Landes ohne Gefahr der Überdehnung und Überforderung fertig zu werden.

Die Staaten des **westlichen Balkans** sind ein Teil Europas und haben damit grundsätzlich die Perspektive auf Mitgliedschaft in der EU. Es bedarf einer langfristigen Heranführungsstrategie als entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Befriedung und Stabilisierung des Balkans. Die EU muß die Stabilisierung und die Entwicklung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen durch ihre Präsenz in Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo mit Polizeieinheiten und Truppen weiterhin unterstützen. Die FDP setzt sich für ein EU-Treuhandmandat im Kosovo ein. Grundsätzlich gilt: Politische Stabilität und die Herausbildung liberaler Zivilgesellschaften müssen erreicht sein, bevor konkrete Beitrittsschritte unternommen werden können.

Wir wollen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der **Justiz- und Innenpolitik** in der EU verbessern. Internationalem Terrorismus und Kriminalität kann nur durch gestärkte europäische Handlungsmöglichkeiten begegnet werden. In diesem Bereich muß es grundsätzlich Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat geben. Der Aufbau der europäischen Grenzpolizei zur Sicherung der Außengrenzen der EU muß schnell vorangetrieben werden. Zum Ausgleich des Wegfalls der bisherigen Grenzkontrollen muß der Schengenmechanismus greifen, der einen umfassenden Datenaustausch, einheitliche Visaregelungen und funktionierende Kontrollen im bisher grenznahen Bereich vorsieht. Wir fordern, die neuen Mitgliedstaaten beim Aufbau der technischen und personellen Voraussetzungen zur Sicherung des Schengenraums zu fördern und die Kontrolle des Umgangs mit den Daten zu verbessern.

Liberaler Außenpolitik setzt auf Werte und neue Perspektiven.

Die Liberalen stehen für Weltoffenheit und Toleranz, für Transparenz und Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen, für die Öffnung der Märkte und den freien und friedlichen Austausch zwischen Völkern und Kulturen in einer weiter zusammenwachsenden Welt, für den Wettbewerb der Systeme und politischen Lösungsansätze. Mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der demographischen Entwicklung der Welt, den neuen geopolitischen Herausforderungen und der weltweiten Ausbreitung von HIV/AIDS hat liberale Außenpolitik auch neue und unterschätzte globale Probleme im Blick und sucht nach konzeptionellen Lösungen.



Die transatlantische **Partnerschaft Deutschlands mit den USA** ist für uns tragende Grundkonstante deutscher Außenpolitik seit 1945. Diese tiefe Verbindung, geprägt durch gemeinsame Wurzeln, Werte und Interessen sowie die historische Erfahrung der Nachkriegszeit, muß unabhängig sein von den jeweiligen Regierungen.

Wir werden auf Grundlage unserer jahrzehntelangen erfolgreichen außenpolitischen Arbeit alles daran setzen, das transatlantische Verhältnis wieder in geordnete, von **gegenseitigem Verständnis und Vertrauen** geprägte Bahnen zu führen, so daß auch unterschiedliche Auffassungen und divergierende Interessen offen diskutiert werden können, ohne daß die für Deutschland vitalen transatlantischen Beziehungen insgesamt aufs Spiel gesetzt werden.

Wir wollen die **Vereinten Nationen durch Reformen stärken**. Die Unfähigkeit der internationalen Politik, den Irak-Krieg zu vermeiden und das Ziel der UN48 Resolutionen auf friedlichem Wege zu erreichen, bedeutete einen schweren Rückschlag für die Vereinten Nationen, das transatlantische Verhältnis und die europäische Integration. Für uns sind stets die Systeme kooperativer Sicherheit – die OSZE im europäischen und die Vereinten Nationen im globalen Rahmen – der richtige Ort für die Beilegung schwerwiegender internationaler Konflikte.

Wir streben eine Stärkung der Vereinten Nationen und der Legitimation und Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrates an. Wir setzen uns für einen gemeinsamen europäischen ständigen **Sitz im Sicherheitsrat** der Vereinten Nationen ein. Ein ständiger deutscher Sitz ist nur die zweitbeste Lösung, bis die Forderung nach einem europäischen Sitz Realität geworden ist. In diesem Fall muß Deutschland den deutschen Sitz im Sicherheitsrat treuhänderisch auch für die anderen EU-Partner wahrnehmen. Die Vorgehensweise der rot-grünen Bundesregierung hat dem Ansehen Deutschlands geschadet.

Die FDP ist und bleibt bereit, zusammen mit anderen Demokratien die **internationalen Aufgaben** zu übernehmen, die wir übernehmen können und deren Erfüllung von uns auch erwartet wird. Es geht um das Erreichen von Zuständen struktureller Stabilität in heute noch kritischen Regionen, um die Bekämpfung von Hunger und Krankheiten, um das Durchsetzen von Prinzipien der Good Governance, die Sicherung wirtschaftlicher Rechte und individueller Freiheiten und den Schutz der Menschenrechte. Die Reform der Vereinten Nationen muß in Zukunft Interventionen möglich machen, wenn ein Staat nicht in der Lage oder willens ist, seine Bürger vor Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Der Kampf gegen den **internationalen Terrorismus** kann nicht nur mit militärischen Mitteln gewonnen werden. Er verlangt ein enges, abgestimmtes und vor allem multilaterales Zusammenwirken mit Partnern weltweit. Drohungen und militärische Sanktionen – mit UN-Legitimation – dürfen dabei nur allerletztes Mittel sein. Der Schwerpunkt muß auf der Förderung von Freiheit, Entwicklung und Wohlstand, Demokratie und Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, sowie dem Dialog der Kulturen und Religionen in der ganzen Welt liegen. Denn nur so kann dem Terrorismus langfristig der Nährboden entzogen werden.

Auch die Gefahr der **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen** bedarf einer gemeinsamen Antwort der Völkergemeinschaft unter maßgeblicher Oberhoheit anerkannter internationaler Institutionen, wie der Internationalen Atomenergieagentur. Bestehende Übereinkommen mit strengen Inspektionsmechanismen wie der Nichtverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen und das Chemiewaffenübereinkommen sind strikt umzusetzen. Ihre Inspektionsmechanismen müssen verschärft werden. Das Biowaffenübereinkommen muß mit einem entsprechenden Zusatzabkommen versehen werden, möglichst mit Unterstützung der Vereinigten Staaten. Um die Glaubwürdigkeit der Nichtverbreitungsbemühungen zu stärken, werden wir bei den amerikanischen Verbündeten darauf drängen, ihre bis heute in Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen abzuziehen.

Wir wünschen uns eine enge politische, sicherheitspolitische, kulturelle und nicht zuletzt wirtschaftliche **Partnerschaft mit Rußland**. Deutschland wird sich für eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen EU, NATO und Rußland einsetzen. Die deutsch-russischen Beziehungen müssen auf vielen Gebieten fortentwickelt werden. Ein großes Potential für Verbesserungen liegt in



der engeren Verknüpfung der Zivilgesellschaften und der stetigen Fortentwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen. Wir wollen, daß sich Rußland fortentwickelt und weiter öffnet. Die FDP verurteilt weitere Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit und der demokratischen Strukturen. Im Tschetschenienkonflikt fordern wir alle beteiligten Kräfte, insbesondere die russische Regierung auf, nach einer politischen Lösung zu suchen, die von der tschetschenischen Bevölkerung akzeptiert und aktiv mitgetragen wird.

Die FDP will die **deutsch-chinesischen Beziehungen** in vielen Bereichen weiter entwickeln. Neben dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, werden wir besondere Schwerpunkte im Bereich des Wissenschafts- und Studentenaustausches, des Tourismus und der kulturellen Beziehung setzen. Nach wie vor unterliegen jedoch religiöse und ethnische Minderheiten sowie Oppositionelle staatlicher Diskriminierung und Verfolgung, wird die Todesstrafe öfter vollstreckt als in jedem anderen Land der Welt, wird das Streben der Tibeter nach kultureller Autonomie gewaltsam unterdrückt und wurde der UN-Pakt über politische Rechte nicht ratifiziert. Die FDP lehnt eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China ab, solange sich die Menschenrechtssituation nicht entscheidend verbessert hat und die Spannungen mit Taiwan beendet sind.

Die deutsche **Asienpolitik** hat sich in den letzten Jahren zu stark einseitig auf China konzentriert. Das Potential für gute Beziehungen vor allem mit Indien, aber auch mit Malaysia, Thailand, Pakistan, Vietnam, Indonesien und vielen anderen Ländern der Region wird bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies gilt für die Wirtschaft, aber ebenso für Wissenschaft und Kultur. Auch unser traditionell enger Verbündeter und Handelspartner Japan, bedarf in Zukunft wieder größerer Aufmerksamkeit. Es ist von strategischer Bedeutung für die deutsche Außenpolitik, sich in Asien dauerhaft besser zu positionieren.

Der **Nahe und Mittlere Osten** bleibt mit dem immer noch ungelösten Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, dem schwierigen Neuanfang im Irak, aber auch aufgrund der Tatsache, daß arabische Länder der Region zu den Hauptherkunftsländern islamistischer Terroristen gehören, eine der fragilsten und gefährlichsten Konfliktregionen der Welt. Der Schlüssel zu einer Befriedung der Region und einer Entschärfung der unterschiedlichen Konfliktlinien liegt dabei in der Stärkung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten und einer gedeihlichen ökonomischen Entwicklung aller Länder der Region. Unabdingbar bleibt die gegenseitige Anerkennung der Grenzen, der Souveränität und der Lebensfähigkeit der beteiligten Staaten in Freiheit und Sicherheit.

Die **Globalisierung** sehen wir in erster Linie als Chance. Diejenigen, die sich der Globalisierung verschließen, machen diese Chancen zunichte. Abschottung führt zu immensen Wohlstandsverlusten. Die Globalisierung hat gerade Deutschland enorme Möglichkeiten eröffnet. Die deutsche Wirtschaft – extrem exportabhängig – profitiert wie kaum eine andere von den sich weltweit öffnenden Märkten. Massenarbeitslosigkeit und die Einbuße an sozialer Sicherheit sind nicht die Folge der Globalisierung, sondern die Folge jahrzehntelang unerledigt gebliebener nationaler Aufgaben. Die Globalisierung hat diese Defizite in den letzten Jahren in unserem Land nur sichtbarer gemacht. Wir wollen diese Defizite beseitigen und die Chancen von Globalisierung und Wandel nutzen. Den Wind der Veränderung kann man nicht verbieten, man kann aber Windmühlen bauen.

Wir setzen uns für eine weitere Liberalisierung des Welthandels ein. Der **ungehinderte Warenaustausch** zwischen Nord und Süd, aber genauso zwischen den Ländern des Südens ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und den Abbau von Armut. Damit verringert sich die Kluft zwischen dem sogenannten reichen Norden und dem armen Süden und das Konfliktpotential des starken Wohlstandsgefälles. Europa und die USA müssen gemeinsam die Welthandelsorganisation (WTO) stärken und die dort notwendigen Reformen vorantreiben. Eine euro-amerikanische Freihandelszone (Transatlantic Free Trade Area, TAFTA) kann ein Instrument zur weiteren Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen sein.

Die anhaltende Armut in vielen Teilen der Welt ist ein Skandal, verletzt die Menschenwürde und nimmt Lebenschancen. Um die Armut wirksam bekämpfen zu können, ist die deutsche **Entwicklungspolitik** neu auszurichten. Die FDP setzt auf Qualität, nicht auf Quantität. Grundlage jeder Entwicklung sind die Freiheit des Einzelnen, die Einhaltung der Menschenrechte, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit. Nur Regierungen, die die Verantwortung für ihre Bürger und die Entwicklung ihres



Landes wirklich übernehmen, haben unsere Hilfe verdient. Außerdem sollten die knappen Mittel den Ärmsten der Armen vorbehalten sein. Gesellschaften wie China und Indien verfügen über das nötige Know How und Kapital, um Armutsbekämpfung aus eigener Kraft zu leisten. Das bedeutet auch, die Unterstützung von China, Indien und anderen Schwellenländern auf der Basis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit neu auszurichten. Not- und Katastrophenhilfe ist und bleibt dabei für uns unantastbarer humanitärer Grundauftrag.

Eine neue Entwicklungspolitik für Afrika muß die Eigenverantwortung afrikanischer Länder und Institutionen unterstützen, Mittel viel gezielter zur Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen einsetzen und insbesondere der Afrikanischen Union helfen, zum effektiven Krisenlösungsmechanismus in Afrika zu werden. Die Bekämpfung von **HIV/AIDS** hat für uns absolute Priorität. HIV/AIDS, mit derzeit mehr als 43 Millionen Infizierten, ist eine der größten Bedrohungen der Weltentwicklung. Diese enorme Zahl von Kranken und Infizierten und die damit verbundenen Kosten überfordern die Entwicklungsländer. Die Industrieländer müssen wesentlich mehr Einsatz leisten als bisher.

Libérale Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik.

Libérale Sicherheitspolitik ist werteorientierte Interessenpolitik auf Grundlage der Universalität der Menschenrechte und deren weltweiter Geltung, Akzeptanz und Durchsetzung, sowie der sicherheitspolitischen Ausgangs- und Bedrohungslage. Die Kultur der Zurückhaltung und der Einsatz diplomatischer Möglichkeiten sind und bleiben allererste Wahl. Die Anwendung militärischer Mittel darf nur ultima ratio sein, um Menschen zu helfen.

Auf absehbare Zeit sind Deutschland und Europa im konventionellen Bereich nicht mehr der Gefahr eines militärischen Großangriffs ausgesetzt. Dennoch bestehen Sicherheitsrisiken, zu deren Abwehr es weiterhin einer internationalen Kooperation bedarf. Sie erfordern sowohl den **Fortbestand der NATO** als auch die **Stärkung der EU** durch eine zunehmende Integration im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Den veränderten neuen Bedrohungsszenarien sind die derzeitigen Sicherheitskräfte in Deutschland und Europa nach Struktur, Personal, Ausbildung und Ausrüstung in ihrer Gesamtheit noch nicht gewachsen. Der fließende Übergang von der äußeren zur inneren Bedrohung macht eine Veränderung der Organisation und Führungsstrukturen aller Sicherheitskräfte notwendig. Zur effektiven militärischen Krisenreaktion und einem überzeugenden Krisenmanagement muß die **Bundeswehr** weiter umstrukturiert werden. Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu begründen und muß ausgesetzt werden. Wir brauchen Streitkräfte, die gut ausgebildet, modern ausgerüstet, voll einsatzbereit und schnell verlegbar sind. Das kann nur die Freiwilligenarmee gewährleisten. Die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben bei Friedenseinsätzen im Ausland bedarf bei Struktur und Einsatzgrundlagen dringend einer Verbesserung.

Libérale Sicherheitspolitik setzt sich dafür ein, daß die **NATO** für Europa und Nordamerika unverändert das wichtigste militärische Bündnis bleibt, um unter Wahrung des Gewaltmonopols der UNO angemessen auf die globalen Bedrohungen reagieren zu können. Die FDP will eine gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft im Atlantischen Bündnis. Dafür ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszubauen und die Bundeswehr zu stärken. Die NATO muß dabei das zentrale transatlantische Diskussions-, Entscheidungs- und Handlungsgremium sein.



Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 der Linkspartei.PDS:

Quelle: http://sozialisten.de/wahlen2005/positionen/in_kuerze/view_html/kuerzeid29420

Kapitel: Europäische Union

Die Europäische Union entstand aus politischen und wirtschaftlichen Kooperationsinteressen europäischer Staaten heraus. Durch gemeinsamen Handel und politischen Dialog sollten jahrhundertealte Feindschaften, die Europas Geschichte leidvoll geprägt haben, überwunden werden. Der Friedenszustand seit sechs Jahrzehnten im mehrfach erweiterten EU-Raum bestätigt diese Frieden befördernde Wirkung des europäischen Integrationsprozesses nach innen. Diese aber ist an soziale Bedingungen geknüpft - ohne entsprechende soziale und beschäftigungspolitische Perspektiven, ohne demokratische Beteiligung der Menschen lässt die Legitimation der EU-Politik nach.

Die Linkspartei.PDS befürwortet die europäische Integration, kritisiert jedoch deren jetzige Verfasstheit und vertritt alternative Europa-Vorstellungen. Die Linkspartei.PDS steht für ein Europa, das friedlich, sozial gerecht, demokratisch und Umwelt bewahrend ist, für ein Europa der Weltoffenheit und offenen Grenzen, ohne Nationalismus und Fremdenhass.

Folgende Punkte hält Die Linkspartei.PDS dabei für besonders wichtig:

- Europas Verantwortung für den Frieden in der Welt wahrnehmen: genereller Verzicht auf Gewalt in den internationalen Beziehungen, keine Aufstellung europäischer Truppen, Einrichtung eines Amtes für Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle.
- Vollbeschäftigung und sozialer Zusammenhalt brauchen Vorrang: Überarbeitung des Stabilitätspaktes für mehr Investitionen, Bewahrung und Verankerung des Sozialstaatsprinzips statt Festlegung auf eine neoliberaler Wirtschaftsordnung, Einführung eines europäischen Mindestlohns und Harmonisierung der Steuern statt Sozial- und Steuerdumping in einzelnen Staaten.
- Demokratisierung durchsetzen: mehr Rechte für das Europäische Parlament, mehr direkte Demokratie, Durchsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene, Garantierung des Streikrechts.
- Verpflichtung der Geschichte: ein Europa, das sich konsequent zur Bekämpfung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und für Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie bekennt.

Das Engagement der Linkspartei.PDS in der Partei der Europäischen Linken (EL) zielt auf die Gestaltung eines vertiefenden Integrationsprozesses einer sozialen, demokratischen und Frieden fördernden Europäischen Union. Diese Vorstellungen sollten Eingang in einen neuen europäischen Verfassungsvertrag finden. Der muss politische und soziale Grundrechte für alle in der EU lebenden Menschen, Mindeststandards der sozialen Gerechtigkeit, für Löhne und Arbeitszeiten, für Ökologie und Nachhaltigkeit, für qualitatives Wirtschaftswachstum ebenso enthalten wie europäische Regelungen für Abrüstung und zivile Konfliktbearbeitung.

Die Linkspartei.PDS sieht die Neuverhandlung und Verabschiedung einer solchen europäischen Verfassung als wichtige Aufgabe, um die europäische Integration sozial, demokratisch und zivil zu gestalten



Auszug aus dem Wahlprogramm 2005 der SPD:

Quelle: http://kampagne.spd.de/040705_Wahlmanifest.pdf

23. Kapitel: Wir wollen ein bürgernahes, soziales und starkes Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für ein bürgernahes, soziales und starkes Europa. Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern, das soll in ganz Europa gelten. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diese Idee von Europa zur klaren Richtschnur deutscher Europapolitik gemacht. Diesen Weg unterstützen wir nachdrücklich.

■ Wir wollen eine Europäische Union, die entscheidungsfähig und zugleich politisch führbar ist, deren Zuständigkeiten klar beschrieben und so auch begrenzt sind. Und deren demokratischer Charakter gestärkt ist. Der Europäische Verfassungsvertrag ermöglicht dies. Die Vereinbarung einer gemeinsamen, in Menschenrechten gründenden, demokratisch legitimierten Grundlage für die zukünftige Arbeit in Europa bleibt aktuell und für uns ein Ziel.

■ Grundlage hierfür ist eine erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, an deren Umsetzung sich Deutschland aktiv beteiligen wird.

■ Wir wollen das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell erhalten und festigen. Es geht um die Teilhabe des Einzelnen am Haben und Sagen in einer Gesellschaft und am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand. Und es geht um die gestaltende Rolle des Sozialstaates und den freien Zugang zu öffentlichen Gütern. Grundlage hierfür ist eine erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Notwendig sind abgestimmte wirtschafts- und beschäftigungspolitische Initiativen, insbesondere in der Eurozone.

■ Wir wollen ein Europa, auf das man sich verlassen kann. Die EU-Erweiterungspolitik war im Kern immer Friedenspolitik. Europa wird nur dann eine Region des Friedens und der Stabilität bleiben, wenn alle Verträge und Zusagen in Sachen Erweiterung eingehalten werden. Wer unsere Partner in Europa verunsichert und Verträge in Frage stellt, denen die 25 Mitgliedstaaten einstimmig zugestimmt haben, stellt ein Friedensrisiko für Europa dar. Einem Wortbruch gegenüber Bulgarien und Rumänien, deren Beitrittsverträge sich bereits im Ratifizierungsprozess befinden, und gegenüber der Türkei, mit der nach Erfüllung der Voraussetzungen am 3. Oktober 2005 die langjährigen Beitrittsverhandlungen beginnen sollen, treten wir entschieden entgegen.

■ Europa muss seine Handlungsfähigkeit in Sachen Frieden und Sicherheit weiter ausbauen. Für uns ist die gemeinsame europäische Strategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ mit ihrer Verpflichtung zur Konfliktprävention und zum Einsatz für eine gerechtere Weltordnung als Friedensvoraussetzung eine verbindliche Richtschnur bei allen internationalen Aktivitäten der Europäischen Union.

24. Kapitel: Wir wollen ein selbstbewusstes und friedliches Deutschland, das seine globale Verantwortung wahrnimmt

Deutschland ist ein hoch respektierter Partner in der internationalen Politik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Unser Rat und unsere Hilfe werden gesucht. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das Ansehen und das Gewicht Deutschlands in der Welt gemehrt.

■ Wir verfolgen eine Politik des Friedens, der gerechten Weltordnung und der rechtzeitigen Konfliktvermeidung. Unser Land sehen wir als starke Friedensmacht in Europa, das weltweit Verantwortung übernimmt.

■ Wir haben gelernt, dass Sicherheit nicht allein aus militärischer Stärke erwächst. Wir werden unsere Fähigkeiten zur vorausschauenden Friedenspolitik, zur Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen. Dazu gehören auch die Ausweitung des Zivilen



Friedensdienstes und die weitere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Unsere Sicherheitspolitik umfasst auch diplomatische Vermittlung, die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie ökologische, soziale und entwicklungspolitische Ansätze. Wir fördern das wechselseitige Verständnis zwischen den Kulturen sowie ihr Miteinander und treten den Fürsprechern eines „Kampfs der Kulturen“ entschieden entgegen.

■ Wir unterstützen das Prinzip des Multilateralismus. Wir kämpfen für die Geltung des Völkerrechts und wollen handlungsfähige Weltorganisationen. Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen als die wichtigste Weltorganisation durch Reformen stärker machen. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

■ Wir übernehmen, Seite an Seite mit unseren Partnern in der NATO und in der Europäischen Union, militärische Verantwortung dort, wo das zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen unumgänglich ist. Und wir sagen dort Nein, wo wir nicht vom Einsatz militärischer Mittel überzeugt sind. Auch das ist Ausdruck und Folge außenpolitischen Selbstbewusstseins.

■ Den erfolgreich eingeleiteten Transformationsprozess der Bundeswehr mit der konsequenten Ausrichtung an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Die Leistungen der Bundeswehr, deren Personalumfang bei gleichzeitiger Steigerung der Investitionen in ihre Modernisierung reduziert wurde, finden weltweite Anerkennung. Wir bleiben bei dem bewährten Prinzip der klaren Trennung zwischen den Aufgaben der Streitkräfte und der Polizei für die äußere und für die innere Sicherheit.

■ Eine besondere und zunehmende Gefahr für Frieden und Stabilität erwächst aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen die Instrumente zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung weiter stärken.

■ Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit ein unverzichtbarer Teil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Stimme in der internationalen Entwicklungspolitik hat deutlich an Einfluss und Gewicht gewonnen. Damit dies erfolgreich fortgesetzt werden kann, brauchen wir weiterhin ein eigenständiges Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

■ Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung in der einen Welt und zur Umsetzung der Millenniumsziele. Wir werden unseren Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit von 2006 bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts erhöhen. Zur Finanzierung gehören: wachsende Haushaltsmittel, die Fortsetzung der Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und innovative Finanzierungsinstrumente.

■ Wir werden in den kommenden Jahren die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer weiter vorantreiben und uns im Rahmen der Welthandelsorganisation für gerechte Welthandelsbeziehungen einsetzen, einschließlich der Beendigung der Agrarexportsubventionen.

■ Wir wollen das Bündnis mit den Nichtregierungsorganisationen und Kirchen zur positiven Gestaltung der Globalisierung weiterentwickeln.

■ Wir bringen die weltweite Energiepartnerschaft für nachhaltige Entwicklung im Sinne der „Renewables-Konferenz“ von Bonn 2004 mit Erneuerbaren Energien voran. Dies mindert auch die weltweite Abhängigkeit vom Öl.

■ Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechtspolitik ist fundamentale Friedens- und Stabilitätspolitik, da sie die Schaffung von Stabilität und Wohlstand befördert und Krisen und Kriege vermeiden hilft. Damit dient sie zugleich den eigenen Interessen